

Zeitschrift: Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association suisse des électriciens, de l'Association des entreprises électriques suisses

Herausgeber: Schweizerischer Elektrotechnischer Verein ; Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen

Band: 66 (1975)

Heft: 3

Rubrik: Energiewirtschaftliche Rundschau = Tour d'horizon énergétique

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 16.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Bemerkungen zu einem heissen Thema

Analyse eines Auftrages

«Die Energie erweitert den menschlichen Aktionsradius und bildet den Antriebsmotor der modernen Industriegesellschaft.»

I.

Eines steht zu Beginn des Jahres 1975 mit Sicherheit fest: Die Energiepolitik ist ein Thema, das die Weltpolitik auch weiterhin beschäftigen und nicht so leicht aus den Schlagzeilen der Presse verschwinden wird. *Das Erdöl als Mittel der militärischen, politischen, wirtschaftlichen und psychologischen Kriegführung hat eine Bedeutung erlangt, wie man sie sich vor wenigen Jahren noch kaum vorstellen konnte. Wer an den Schalthebeln des Erdöls sitzt, hat eine Waffe in der Hand, die über die Welt ebensoviel Unheil bringen kann wie ein Atomkrieg.* Er übt im Guten oder Schlechten eine Macht aus, von der die Existenz, der Lebensstandard und die industrielle Entwicklung ganzer Völker abhängen. Er trägt damit eine ebenso grosse Verantwortung für den Weltfrieden, wie die über Atomwaffen verfügenden Supermächte. Ein durch den lebenswichtigen Rohstoff «Öl» ausgelöster Weltkrieg stellt deshalb heute ein Element jeder militärischen Lagebeurteilung dar. Das Preisdiktat des Erdölkartells im Nahen Osten mit einer Vervielfachung der Preise seit Ende 1973 hat in den auf diese Lieferungen angewiesenen Ländern ein Gefühl der Ohnmacht und der tödlichen Abhängigkeit geschaffen, dessen Fernwirkungen noch nicht abzuschätzen sind. Die Frage bleibt vorläufig offen, wie sich dieser in seiner gigantischen Grösse einmalige, dauernde, finanzielle Aderlass auf die Weltwirtschaft auswirkt.

II.

Diese die Weltwirtschaft verändernde Entwicklung hat sich auch auf die schweizerische Wirtschaft, unsere Sicherheitspolitik und unsere bisherige weitgehend auf der freien Marktwirtschaft beruhende Energieversorgung ausgewirkt. Zwar hatten schon vorher der Umweltschutz und das kaum mehr gebändigte Wirtschaftswachstum einen Umdenkungsprozess eingeleitet, *der eine keineswegs nur die Naturwissenschaftler und Ökologen beschäftigende Diskussion nach dem Ziel unserer Menschheitsentwicklung, nach der Lebensqualität und nach der Endlichkeit dieser Welt in Gang brachte. Es gibt für diese zum Teil auf sehr hohem Niveau geführten Diskussion Pessimisten und Optimisten, und es fehlt auch nicht an Prognosen, die schon für die nächsten zwei oder drei Generationen den Weltuntergang, das Ende des überlasteten Raumschiffes Erde voraussagen.* Einig ist man sich darüber, dass das Wirtschaftswachstum gebremst werden muss. Wie ein solcher Bremseffekt zu erreichen sei, darüber gibt es die verschiedensten Rezepte. Eines davon, wie es z. B. vom Schweizerischen Bund für Naturschutz in seinem «Energiediagnostik», von den aus dem Boden schiessenden Aktionskomitees gegen den Bau von Kernkraftwerken, aber auch von gewissen Linkskreisen vertreten wird, lautet dahin, das Wirtschaftswachstum durch eine Manipulation des Energiehahns in den gewünschten, von den Ökologen zu bestimmenden Grenzen zu halten.

Die Diskussion über das zu verwendende Steuerinstrument hat ihren Höhepunkt noch keineswegs erreicht. *Bereits ist aber das Wirtschaftswachstum als Folge der von der Erdölverteuerung ausgelösten Währungskrise und der Inflation fast über Nacht so stark zurückgegangen, dass schon wieder der Ruf nach einer staatlich geförderten Wiederankurbelung ertönt. Man braucht deshalb nicht Prophet zu sein, um festzustellen, dass mindestens für den Moment den Verfechtern des Postulates einer Steuerung des Wirtschaftswachstums durch eine künstliche Reduktion des Energiebedarfes der Wind aus den Segeln genommen ist.* Hält man es mit der Devise «der Zweck heiligt die Mittel», so müsste man den Ölscheiss geradezu dafür dankbar sein, dass sie die Wirtschaft zu einer langsameren Gangart gebracht haben und damit den Streit darüber, mit welchen Mitteln und Staatseingriffen dieses Ziel am ehesten zu erreichen sei, vorläufig gegenstandslos gemacht haben. Es ist deshalb um so merkwürdiger, dass in unserem Land beispielsweise der Kampf gegen den Bau

von Kernkraftwerken immer noch mit der Begründung geführt wird, das sei die beste Medizin gegen das Wachstum der Wirtschaft.

III.

Wie ist auf dem Hintergrund dieser neuesten Entwicklung der Auftrag an die sogenannte «Kommission Kohn» – wenn man die vom Chef des Eidgenössischen Energiewirtschaftsdepartementes im Herbst 1974 eingesetzte Expertenkommission zur Ausarbeitung einer neuen Energiekonzeption der Einfachheit halber so bezeichnen darf – zu verstehen? Veranlasst wurde diese Auftragserteilung durch den Vorstoss von 58 Parlamentariern, die vom Bundesrat die Vorlage einer Gesamtenergiekonzeption verlangt hatten. *Der Auftrag ist sehr weit gefasst und dient damit der Bestimmung einer Energiestrategie für ein neu anbrechendes Zeitalter, in dem für den Energieverbrauch neue Maßstäbe gefunden werden müssen und in dem langfristig für unser Land eine bessere Diversifikation der benützten Energiequellen angestrebt wird. Der Auftrag verlangt eine wirtschaftliche, gesellschaftspolitische, sicherheitspolitische, ökologische und technische Lagebeurteilung.* Das kommt in der Formulierung zum Ausdruck, dass es nicht um eine isolierte Betrachtung der Energiewirtschaft, sondern um deren Erfassung im Gesamtzusammenhang aller Lebensbedürfnisse des Landes geht. So wird in Punkt 3 der Auftragserteilung ausdrücklich festgestellt, dass eine optimale Energiepolitik in die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik eingebettet sein muss. Damit erhält die Kommission einen extrem grossen Bewegungsspielraum, der die gegensätzlichen Lösungsvorschläge von der freien Marktwirtschaft bis zu einem Zwangsregime für den Energieverbraucher zulässt. Man versteht bei dieser weitgefassten Auftragserteilung auch, warum von der Kommission ausdrücklich eine intensive Öffentlichkeitsarbeit erwartet wird und dass im Auftrag auch die Durchführung von Hearings und die Kontakte mit allen an der Energiefrage interessierten Gruppierungen und Organisationen eingeschlossen sein sollen.

Dass die für den Gesetzgeber herausarbeitende Energiekonzeption noch eines Reifeprozesses für die zum Teil sehr kontroversen Meinungen bedarf und dass auch das Energiewirtschaftsdepartement als Auftraggeber sich der Spannweite möglicher Lösungen bewusst ist, zeigt sich besonders deutlich in der der Kommission unterbreiteten Prüfungsliste. In diesem Katalog der zu berücksichtigenden Faktoren figurieren nebeneinander ohne Rangfolge:

1. Eine angemessene Versorgung mit Energie
2. Die Sicherung der Arbeitsplätze
3. Die Verringerung der politischen und wirtschaftlichen Abhängigkeit vom Ausland
4. Der Schutz des Menschen und der Umwelt und der Schonung der natürlichen Ressourcen

Betrachtet man diesen Katalog etwas näher, so fällt auf, dass darin nur noch von einer «angemessenen» Versorgung mit Energie ausgegangen wird. Wieweit das bereits ein Abgehen von dem bisher geltenden Prinzip der Bedarfsdeckung bedeutet, ist schwer zu sagen. Anzunehmen ist jedoch, dass der Auftraggeber der Versorgung der Industrie mit Energie einen Vorrang vor den übrigen Verbrauchern, also vor allem dem Haushalt, einräumen möchte. Das spielt zweifellos schon bei den von der Kommission auszuarbeitenden Sparmassnahmen eine Rolle.

Ohne eine Setzung von Prioritäten wird wohl eine vom Souverän verstandene Lösung nicht möglich sein, *weil die vier zu berücksichtigenden Faktoren zum Teil miteinander im Widerspruch stehen und eine eigentliche Quadratur des Kreises darstellen. In diesen vier Punkten stecken Wünsche zur Energiepolitik, die das ganze Spektrum der Meinungsvielfalt von der Opposition gegen die Kernenergie, gegen das Wirtschaftswachstum, gegen*

die viel zu starke Abhängigkeit vom Öl, gegen eine übermäßige Motorisierung, gegen das bisher geltende Prinzip der Bedarfsdeckung, sichtbar machen.

Diese kurze Analyse zeigt, dass der bis Mitte 1977 befristete Auftrag an die Kommission Kohn kurz-, mittel- und langfristige Elemente enthält. Der Bundesrat will damit so etwas wie eine Auslegeordnung der für den Gesetzgeber und für eine eventuelle Verfassungsrevision in Betracht kommenden Bausteine verschaffen. Gleichzeitig soll mit der von der Kommission im Pflichtenheft ausdrücklich verlangten Öffentlichkeitsarbeit auch ein Beitrag für die Bildung eines neuen Energiebewusstseins geleistet werden. Man darf darauf gespannt sein, ob gerade auf diesem Gebiet einer besseren Aufklärung über die Energiefrage und ihrer Einbettung in eine Leitvorstellung für die Gesamtentwicklung unseres Landes die Erwartungen zu erfüllen sind. Die Weichenstellung für die zukünftige Energiepolitik ist von grosser Tragweite und berührt fast alle unsere Lebenskreise. Für die überbordenden Konsum- und Komfortansprüche kann man nicht einfach die Energiewirtschaft verantwortlich machen. Im Verkehr, im Wohnungsbau, im Ferien- und Freizeitbetrieb hat unsere Abhängigkeit von den flüssigen Brennstoffen einen Grad erreicht, der eine Umkehr dringend nötig macht. Es wird sich allerdings um einen Abgewöhnungsprozess handeln, der die Gefahr grosser gesetzgeberischer Eingriffe und eine Verstaatlichung des Menschen in sichtbare Nähe rückt. Der Mensch muss sich zu neuen Einsichten, zu einer neuen Energiephilosophie durchringen, und die Förderung dieser neuen Bewusstseinsbildung gehört mit zu den Hauptaufgaben der Kommission Kohn. Denn die Ausarbeitung einer Energiestrategie kann keineswegs nur in der Aufstellung eines Kataloges von Geboten und Verboten für die Konsumenten, in der Schaffung neuer Schwergewichte bei der Produktion, in der Auffindung neuer Technologien bestehen. Sie muss vielmehr eine Gesamtbilanz versuchen und aus umfassender Kenntnis der Dinge einen langfristigen, in Etappen zu verwirklichenden und über Alternativen verfügenden Weg in ein neues Energiezeitalter weisen.

Dabei kann sicher auf dem Weg freiwilliger Verzichtes vieles erreicht werden. So wollen bekanntlich die USA und einige westliche Industrieländer auf diesem Weg Einsparungen von 15 % erzielen. In der Schweiz sind übrigens bereits seit einem Jahr eine

starke Verlangsamung der Zuwachsrates im Stromverbrauch – sie beträgt zurzeit noch 2–3 % – und sogar ein Rückgang des Benzin- und Heizölverbrauchs festzustellen. Das berechtigt zur Hoffnung, dass vielleicht doch der Kampf gegen die Energieverschwendung und für eine vernünftige Anwendung der Energie, wenn er als nationaler Aufklärungsfeldzug konzipiert wird, so erfolgreich ist, dass auf eine eigentliche Manipulation, auf ein Rationierungssystem irgendwelcher Art, verzichtet werden kann. Merkwürdig ist übrigens, dass man den Grund für den immer sorgloseren Umgang mit der Energie in jahrelang zu billigen Benzin-, Heizöl- und Strompreisen sehen will. Ist es nicht so, dass die viel besseren Einkommensverhältnisse auch bei der Energieanwendung ganz neuen Bedürfnissen gerufen haben und dass die in der öffentlichen Diskussion schon geforderten, diskriminierenden Tarife zur Verbrauchsabschreckung sich beim heutigen System der Überwälzung jeder Preiserhöhung auf die Löhne gar bald als Schlag ins Wasser erweisen müssten? Rezepte, wonach bei den Stromtarifen die dem Kostengesetz entsprechenden Mengenrabatte abgeschafft werden sollten und jeder Mehrverbrauch durch einen Mehrpreis zu bestrafen sei, sind deshalb keine gangbaren Wege im Kampf gegen die Verschwendung.

Man mag die Kommission Kohn um ihre Aufgabe nicht beneiden. Ihr Auftrag ist so weit gefasst und ohne jede Schwerpunktsetzung, dass sie selber sich die Prioritäten setzen muss. Die erste Priorität ist es aber heute sicher, die überragende Rolle des Öls in der schweizerischen Energieversorgung auf ein tragbares Mass herabzusetzen. Beträgt der Anteil des Öls an der Gesamtversorgung in der Welt heute 40 %, so sind wir in der Schweiz mit 80 % auf das Öl angewiesen. Es gibt für die nächsten Jahre keine Mittel, dieses Verhältnis, das uns für eine Ölerpressung besonders anfällig macht, zu korrigieren, als den Bau von Kernkraftwerken und den Ersatz eines Teiles der bisher mit Öl erzeugten Wärme durch Kernenergie. Gewiss müssen auch die Forschung und das Suchen nach neuen Energiequellen, wie z. B. der Sonnen- und Windenergie, intensiviert werden. Jede Verzögerung im Bauplan für die Kernkraftwerke erschwert die jetzt dringend notwendige Kurskorrektur, den schrittweisen Abbau unserer Abhängigkeit vom Öl. Möge diese Tatsache durch die Arbeiten der Kommission möglichst bald ins Bewusstsein unseres Volkes eindringen!

Dr. F. Wanner

Nationale und internationale Organisationen Organisations nationales et internationales



UNIPED: Studienkomitee für Tarife

An ihrer Sitzung vom 15. November 1975 in Paris hat das UNIPED-Studienkomitee für Tarife die letzten Vorbereitungen getroffen für das «Tarif-Kolloquium», welches vom 21. bis 23. April 1975 in Madrid stattfinden wird. Dieses Kolloquium stösst auch in Übersee auf reges Interesse, und es sind denn auch sieben Anmeldungen aus den USA für dieses Kolloquium bei der UNIPED eingetroffen.

Das Studienkomitee für Tarife hat an seiner Sitzung vom 15. November 1974 auch über die Tätigkeit seiner Expertengruppen diskutiert. Von den behandelten Themen waren die wichtigsten:

- Struktur der Hoch- und Niederspannungstarife. Neue Erhebung über die Preise für die Lieferung an Grossbezüger.
- Finanzierungsprobleme. Untersuchung über die finanziellen Mindestbeiträge, welche die Elektrizitätswerke erzielen müssen.
- Erhebung über die Preissituation für elektrische Energie am 1. Juli 1974.
- Erhebung über die Tendenzen zur Vereinheitlichung der Elektrizitätstarife.
- Finanzierungsprobleme, welche durch die rasche Entwicklung auf dem Kernenergiesektor entstehen.

Das Studienkomitee für Tarife hat sich auch über die Art und über den Inhalt der Dokumente unterhalten, welche dem Kongress von Wien im Jahre 1976 vorgelegt werden sollen. In bezug

UNIPED: Comité d'études de la Tarification

Lors de sa réunion du 15 novembre 1974 à Paris, le Comité d'études de la Tarification a pris les dernières dispositions en vue du «Colloque sur la tarification» qui aura lieu du 21 au 23 avril 1975 à Madrid. Ce colloque intéresse également le «Nouveau continent» puisque sept inscriptions des Etats-Unis d'Amérique sont parvenues à l'UNIPED. Le Comité de la tarification a également discuté, lors de sa séance du 15 novembre 1974, de l'activité de ses groupes d'experts. Les sujets abordés les plus importants ont été les suivants:

- Structure des tarifs haute et basse tension. Nouvelle enquête sur les prix pour les fournitures aux grands consommateurs
- Problèmes de financement. Etude de la performance financière minimale à réaliser par les entreprises d'électricité
- Enquête sur la situation des prix de l'électricité au 1^{er} juillet 1974
- Enquête sur les tendances d'unification des tarifs d'électricité
- Problèmes de financement soulevés par le grand développement de l'énergie nucléaire.

Le Comité d'études de la Tarification s'est également entretenu de la nature et du contenu des documents à présenter au congrès de Vienne en 1976. En ce qui concerne les augmentations de tarifs, disons que l'ENEL a enfin reçu l'autorisation du gouvernement italien d'augmenter les prix de l'énergie électrique